

Parlamentarische **Versammlung**

Anwendung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

Dok. 10659

3. September 2005

Mitteilung

des Generalsekretärs des Europarats

Dritter Zweijahresbericht des Generalsekretärs an die Parlamentarische Versammlung

1. Einleitung

Gemäß den Bestimmungen von Artikel 16, Absatz 5 der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen (im Weiteren „die Charta“) ist der Generalsekretär verpflichtet, der Parlamentarischen Versammlung alle zwei Jahre einen Bericht über die Anwendung der Charta vorzulegen. Die Charta trat im März 1998 in Kraft. Der erste diesbezügliche Bericht des Generalsekretärs wurde der Parlamentarischen Versammlung im Jahr 2000 (Dok. 8879 vom 18. Oktober 2000) und der zweite Bericht 2002 (Dok. 9540 vom 11. September 2002) vorgelegt. Der vorliegende dritte Bericht deckt die Jahre 2003 bis 2005 ab und befasst sich mit den wichtigsten kritischen Fragen, die sich aus der Arbeit des von der Charta geschaffenen Überwachungsverfahrens ergeben.

2. Die bisher angenommenen Prüfberichte

Die Erfahrungen der letzten zwei Jahre bestätigen, dass das durch die Charta geschaffene Überwachungsverfahren gut arbeitet¹. Trotz der durch Personalmangel bedingten Schwierigkeiten in seinem Sekretariat, aber auch dank des unermüdlichen Einsatzes desselben, konnte der Sachverständigenausschuss der Charta einen gleichmäßigen Arbeitsrhythmus aufrecht erhalten und hat sein Fachwissen und seine Kenntnisse über die Lage in den Staaten, die geprüft wurden, erheblich ausweiten können.

Bisher hat der Sachverständigenausschuss zwanzig Prüfberichte angenommen (im Vergleich zu sieben vor zwei Jahren). Zu sechs Staaten – Österreich, Dänemark, Slowenien, Schweden, Spanien und Großbritannien – wurde bisher nur der erste Prüfbericht angenommen. In sieben weiteren Fällen wurde eine weitere Überwachungsrunde abgeschlossen und führte zur Annahme eines zweiten Prüfberichts. Dies ist der Fall für Kroatien, Finnland, Deutschland, Ungarn, die Niederlande, Norwegen und die Schweiz. Alle Prüfberichte, die bereits vom Ministerkomitee geprüft wurden, wurden der Öffentlichkeit im Netz zugänglich gemacht² oder vom Charta-Sekretariat in der Abteilung „Zusammenarbeit für kommunale und regionale Demokratie“ in Papierform herausgegeben.

¹ Der vorausgegangene Bericht an die Versammlung erklärt das Überwachungsverfahren, vgl. Dok. 9540 vom 11. September 2002, S. 2-3.

² Siehe <http://www.coe.int/minlang>

Mit der einzigen Ausnahme von Liechtenstein wurde in allen Fällen, in denen das Ministerkomitee einen Prüfbericht zur Kenntnis genommen hat, den betreffenden Regierungen anschließend Empfehlungen ausgesprochen. Diese Empfehlungen, die seit dem letzten Bericht an die Versammlung angenommen wurden, sind in Anhang III des vorliegenden Berichts aufgeführt. Es ist beachtenswert, dass sich das Ministerkomitee eng an die Vorschläge des Sachverständigenausschusses angelehnt und so erheblich zur Stärkung des Überwachungsverfahrens beigetragen hat.

Der Sachverständigenausschuss befasst sich gegenwärtig mit der zweiten Überwachungsrunde zu Schweden und mit der ersten zu Armenien, Zypern und der Slowakei. Er wird demnächst auch die zweite Überwachungsrunde zu Slowenien und Großbritannien sowie die dritte zu Norwegen beginnen.

3. Die Wirkung des Überwachungsverfahrens

Wie bereits im vorausgegangenen Bericht 2002 angekündigt, hat das Charta-System mit der zweiten Überwachungsrunde eine dynamischere Stufe erreicht. Es ist nun möglich, die Fortschritte zu bewerten, die seit der Annahme der ersten Prüfberichte gemacht wurden, insbesondere die Schritte, die ergriffen wurden, um die Empfehlungen des Ministerkomitees umzusetzen. Der Sachverständigenausschuss konnte seine Auswertung der Lage in den verschiedenen Vertragsstaaten sowie seine Auslegung der Auswirkungen der Charta-Bestimmungen und seiner Empfehlungen realistischer Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der Regional- oder Minderheitensprachen in den besonderen Umständen feiner abstimmen.

Eine Prüfung der Berichte deckt auf, dass die meisten der geprüften Staaten nach der ersten Überwachungsrunde reagiert und Maßnahmen ergriffen haben, um den Schutz ihrer Regional- oder Minderheitensprachen zu stärken (allerdings mit unterschiedlicher Wirksamkeit, abhängig vom jeweiligen Staat). Dies belegt, dass das Charta-System Ergebnisse zeitigt und bestätigt seinen Wert. Die folgenden Verbesserungen sind nur einige wenige Beispiele dafür, was der erste Prüfbericht bewirkt hat:

- Die ungarische Strafprozessordnung wurde geändert und erlaubt nun ausdrücklich den Gebrauch von Regional- oder Minderheitensprachen bei Strafverfahren.
- Die Rechtsstellung von Rätoromanisch und Italienisch im Schweizer Kanton Graubünden wurde nach der Verabschiedung einer neuen Kantonsverfassung verbessert.
- Die Gesetzgebung zur samischen Sprache in Finnland wurde überarbeitet und die Vorschulbildung berücksichtigt nun alle drei Varianten dieser Sprache.
- Die niederländische Provinz Friesland hat einen Aktionsplan verabschiedet, um die Zahl der Vorschuleinrichtungen zu erhöhen, die Friesisch oder einen zweisprachigen Unterricht anbieten.
- Die norwegischen Behörden haben eine wichtige politische Maßnahme dadurch ergriffen, dass sie offiziell die staatlichen Dienste an ihre Pflicht erinnern, im Umgang mit Sprechern der samischen Sprache diese Sprache auf Antrag zu verwenden.

Ein weiteres positives Merkmal ist, dass durch das Überwachungsverfahren ein konstruktiver Dialog mit nahezu allen Vertragsstaaten sowie zwischen den betreffenden Regierungen und den Organisationen, welche die Sprecher von Regional- oder Minderheitensprachen vertreten, geschaffen wurde. Dies hat u.a. zu einem erhöhten Bewusstsein und mehr Verantwortung der einschlägigen Beteiligten geführt, sowohl auf Seiten der Behörden als auch auf Seiten der Sprecher.

Es stimmt selbstverständlich, dass das Überwachungsverfahren auch viele Bereiche aufgedeckt hat, in denen es an entsprechenden Maßnahmen mangelt. Gleichwohl zeigen die obigen Beispiele, dass in der bisher vergleichsweise kurzen Zeitspanne der Überwachung das Charta-System allgemein erfolgreich arbeitet.

4. Zusammenarbeit mit anderen einschlägigen Abteilungen des Europarats

Wie andere Übereinkommen des Europarats bildet die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen und ihr Überwachungsverfahren ein in sich geschlossenes System. Dessen ungeachtet und eben weil sie in den Rahmen des Europarats eingebettet ist, ist es von Nutzen, die Charta in Beziehung zu anderen Bereichen der Organisation zu betrachten, deren Arbeit im Hinblick auf den Schutz von Regional- oder Minderheitensprachen von Belang ist und sich in beträchtlicher Weise auf den allgemeinen Einfluss der Charta auswirken kann.

Unlängst wurden eine Reihe von Initiativen zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen dem Chartaverfahren und den betreffenden Abteilungen unternommen.

Das offensichtlichste andere Rechtsinstrument, das diese Dimension aufweist, ist das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten. Auch wenn sich das Ziel dieses Instruments grundlegend von dem der Charta unterscheidet (Letztere beschäftigt sich im Unterschied zum Rahmenübereinkommen nicht mit Minderheitengruppen, sondern mit Sprachen als solchen und kann daher auch von jenen europäischen Staaten ratifiziert werden, die angeben, keine Minderheiten zu haben) und auch wenn sich dementsprechend das Ausmaß der jeweiligen Bestimmungen häufig unterscheidet, können die zwei Überwachungsverfahren in einigen konkreten Fällen gleichwohl dieselben faktischen Zusammenhänge abdecken. Ein anerkannter Sachverständiger in diesem Bereich ist beauftragt worden, die Notwendigkeit einer wirksamen Zusammenarbeit in diesen Fällen zu untersuchen, um die Gefahr zu verringern, dass widersprüchliche Botschaften an die Staaten ausgesendet werden. Im Mai 2005 fand zudem das erste Koordinierungstreffen der zwei Ausschüsse statt. Selbstverständlich kann eine solche Zusammenarbeit nur Anwendung auf jene Staaten finden, die beide Übereinkommen ratifiziert haben.

Im Bereich der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit deckt die Abteilung für Sprachenpolitik (GDIV) auch Themen ab, die sich auf Regional- oder Minderheitensprachen beziehen, vorwiegend aus Sicht der Bildung. Die Zusammenarbeit mit dem Charta-System wird ständig verbessert, insbesondere durch das Einführen einer Praxis, die dem Charta-Überwachungsverfahren die Möglichkeit eröffnet, sich auf das umfangreiche Fachwissen der Abteilung für Sprachenpolitik zu stützen, wenn besonders komplexe Fragen im Bereich des Unterrichts von Regional- oder Minderheitensprachen behandelt werden.

Des Weiteren wird eine Zusammenarbeit mit der Abteilung Roma/Zigeuner (GDIII) im Hinblick auf die Sprache Romanes und die Sprachen anderer fahrender Gruppen aufgebaut. Insbesondere wurde eine Zusammenarbeit zwischen der Charta und dem neu gegründeten Europäischen Forum für Roma und Fahrende begonnen.

Angesichts des Vorstehenden können wir sagen, dass durch eine systematischere Abstimmung zwischen der Charta und anderen Abteilungen und weiteren einschlägigen Instrumenten, die sich auf besondere Weise auch mit Fragen des Schutzes von Regional- oder Minderheitensprachen befassen, der Europarat ein einzigartiges, umfassendes und anspruchsvolles System für den Schutz des europäischen Erbes an Regional- oder Minderheitensprachen zu bieten hat.

5. Die langfristige Herausforderung

Wenn man sorgfältig die zweiten Prüfberichte des Sachverständigenausschusses und sogar einige anfängliche Prüfberichte liest, wird einem klar, dass die Mehrzahl der Maßnahmen, die von den Regierungen bisher ergriffen wurden, vergleichsweise formaler Art sind. Obwohl diese Maßnahmen durchaus notwendig sind, muss die Frage beantwortet werden, ob sie ausreichen, um die grundlegenden Ziele der Charta zu erreichen.

Um es offen auszusprechen: Die Verabschiedung eines guten Gesetzes über den Schutz von Minderheitensprachen ist nicht genug; das Recht muss auch in die Praxis umgesetzt werden und dies erfordert eine breite Spanne praktischer und substanzieller Maßnahmen, an denen es häufig mangelt. Dies ist die Botschaft, die sich eindeutig aus der bisherigen Überwachung durch den Sachverständigenausschuss ablesen lässt.

Tatsächlich ergibt sich auf Grundlage der Ergebnisse des Sachverständigenausschusses eine einfache, aber bittere Erkenntnis: Von wenigen ermutigenden Ausnahmen abgesehen, nimmt die Sprachenvielfalt überall in Europa ab und einige Sprachen verschwinden bereits, zumindest für den Augenblick, aus Gebieten, in denen sie geschichtlich vorkamen und in denen sie bis in jüngste Zeit ein einzigartiges Merkmal der Eigenart dieser Gebiete waren. Die Gründe hierfür sind natürlich komplex, aber eine Auswertung der Prüfberichte des Sachverständigenausschusses erlaubt uns, einige zu erkennen:

- der beträchtliche Druck durch die Medien in der Mehrheitsprache;
- ein Mangel an Verständnis in der Gesellschaft für den Wert der Sprachenvielfalt und der Zweisprachigkeit, die man durch ein Aufwachsen mit einer Regional- oder Minderheitensprache erlangt;
- die pragmatische (aber kurzsichtige) Neigung, uneingeschränkt das Erlernen internationaler Sprachen zu bevorzugen, die einen unmittelbareren praktischen Nutzen zeitigen;

- und schließlich auch (bestenfalls) Unwissenheit oder Intoleranz seitens eines Teils oder großen Teils der Mehrheitsbevölkerung gegenüber den Regional- oder Minderheitensprachen, die noch immer in einem Land gesprochen werden.

Die meisten dieser Umstände fallen in den Anwendungsbereich der normativen Bestimmungen in Teil II und III der Charta, aber selbst bei größter Bereitschaft können sie nicht mit einem einfachen Federstrich überwunden werden. Vielmehr kann man nur langfristig und durch umfassende und nachhaltige Bemühungen Abhilfe schaffen, nämlich - um Artikel 7 der Charta zu zitieren - durch „entschlossenes Vorgehen“. Dies ist in jenen Fällen noch dringlicher, in denen die oben erwähnten Umstände mit schwierigen sozio-demografischen und/oder wirtschaftlichen Bedingungen einhergehen, die sich auf die Regionen auswirken, in denen Regional- oder Minderheitensprachen gesprochen werden.

Angesichts der soeben beschriebenen, nicht zu unterschätzenden Umstände ist es noch wichtiger, dass die Charta nicht nur dergestalt gesehen wird, als wolle sie bloß in formale Inhalte gesetzlicher Bestimmungen eingreifen. Aus diesem Grund betonen die Prüfberichte des Sachverständigenausschusses, dass es bei der Charta vor allem darum geht, Ergebnisse zu erzielen, und dies erfordert in der Regel ein proaktives und strukturiertes Vorgehen.

Zwei Bereiche sind in dieser Hinsicht von besonderer Bedeutung. In der Bildung mangelt es häufig an einem strukturierten Ansatz, der alle Stufen des Bildungswesens abdeckt. In den elektronischen Medien, die wahrscheinlich die einflussreichsten Kommunikationsmittel in heutigen Gesellschaften darstellen, ist die Präsenz von Regional- oder Minderheitensprachen in vielen Fällen kaum mehr als symbolisch. Diese Gesichtspunkte berühren ein weiteres wichtiges Thema, das der Sachverständigenausschuss wiederholt in seinen Prüfberichten hervorgehoben hat, nämlich die Notwendigkeit, dem Wissen über Regional- oder Minderheitensprachen einen positiven Wert zu verleihen.

Eindeutig sind sowohl eine angemessene Anerkennung der Sprache im Bildungswesen als auch eine bedeutsame Präsenz in den elektronischen Medien wichtige Mittel, um den gesellschaftlichen Stellenwert von Regional- oder Minderheitensprachen zu erhöhen und auf diesem Weg der Mehrheitsbevölkerung, aber auch den Sprechern der Regional- oder Minderheitensprachen ein positives Bild zu vermitteln, wobei bei Letztgenannten häufig das Selbstwertgefühl gestärkt werden muss. Die Verbesserung des gesellschaftlichen Stellenwerts und das Vermitteln eines positiven Bildes von Regional- oder Minderheitensprachen sind in der Tat ausschlaggebende Bausteine für einen erfolgreichen Schutz und eine erfolgreiche Förderung.

Die Schlussfolgerungen aus den Prüfberichten sowie den Empfehlungen des Sachverständigenausschusses und des Ministerkomitees lauten, dass ein wirksamerer und eindringlicherer Einsatz der Vertragsstaaten im Hinblick auf ihre Charta-Verpflichtungen erforderlich ist, wenn die Sprachenvielfalt in Europa erhalten bleiben soll. Es ist auch angemessen, sowohl vom Sachverständigenausschuss als auch vom Ministerkomitee zu erwarten, dass sie in zukünftigen Überwachungsrounds die Notwendigkeit einer positiven, strukturierten Sprachenpolitik stärker betonen, um die von der Charta geforderten Ziele zu erreichen.

6. Zu den Staaten, die bisher die Charta noch nicht ratifiziert haben

Der gemeinsame Versuch, die Sprachenvielfalt Europas durch die Charta zu erhalten, wird, zumindest im Grundsatz, nur von jenen Staaten befürwortet, welche die Charta ratifiziert haben. Das Problem ist noch drängender in den vielen Mitgliedstaaten des Europarats, einschließlich einer Mehrheit der Mitglieder der Europäischen Union, die bisher der Charta nicht beigetreten sind.

Bis zum 1. August 2005 wurde die Charta von 31 Staaten unterzeichnet³, von denen 18⁴ die Charta ratifiziert haben. Die Liste mit den Unterzeichnungen und Ratifizierungen befindet sich in Anhang I. Es ist zu beachten, dass sich nach erheblichen Fortschritten in den Jahren 2000 bis 2002 die Rate der Unterzeichnungen und Ratifizierungen erneut verlangsamt hat, und es muss mit Enttäuschung festgestellt werden, dass der einzige diesbezügliche Fortschritt seit 2003 die Unterzeichnung der Charta durch Polen (Mai 2003) und Serbien-Montenegro (März 2005) sowie die Ratifizierung der Charta durch Luxemburg (Juni 2005) war. Die Frage der Ratifizierungen der Charta ist eine wichtige und auch eine komplexere, als es vielleicht zunächst den Anschein hat.

³ Armenien, Österreich, Aserbaidschan, Kroatien, Zypern, Tschechische Republik, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Island, Italien, Liechtenstein, Luxemburg, Malta, Moldau, Niederlande, Norwegen, Polen, Rumänien, Russland, Serbien-Montenegro, Slowakei, Slowenien, Spanien, Schweden, Schweiz, „ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“, Ukraine und Großbritannien.

⁴ Armenien, Österreich, Kroatien, Zypern, Dänemark, Finnland, Deutschland, Ungarn, Liechtenstein, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Slowakei, Slowenien, Spanien, Schweden, Schweiz und Großbritannien.

Zunächst ist zu beachten, dass nahezu alle Mitgliedstaaten, welche die Charta bisher noch nicht ratifiziert haben, über Regional- oder Minderheitensprachen verfügen, die sich in einer heiklen Lage befinden. Mit anderen Worten: Das Versäumnis dieser Staaten, die Charta zu ratifizieren, kann nicht allein dadurch erklärt oder gerechtfertigt werden, dass sie diese nicht benötigen; ganz im Gegenteil.

Ferner sind gegenwärtig viele der Unterzeichnerstaaten in der Lage, den Vertrag zu ratifizieren. In einigen Fällen hat man bereits eine fortgeschrittene Stufe in den nationalen Parlamenten erreicht. Diese Staaten sollten ermutigt werden, die Charta ohne weitere Verzögerung zu ratifizieren. Es sei auch daran erinnert, dass viele der nicht unterzeichnenden oder nicht ratifizierenden Staaten einer ausdrücklichen Verpflichtung gegenüber dem Europarat unterliegen, der Charta beizutreten. Die Versammlung hat zu einem sehr frühen Zeitpunkt die Bedeutung der Charta für den Frieden, die Stabilität und die Achtung der kulturellen Vielfalt in Europa erkannt und daher bereits Mitte der 1990er Jahre begonnen, systematisch von den neuen Mitgliedstaaten zu fordern, sich zum Beitritt zur Charta zu verpflichten. Das Ergebnis ist mager. Armenien ist zu loben für das Erfüllen dieser Verpflichtung, aber die folgenden Staaten, die sich bei ihrem Beitritt zum Europarat verpflichtet haben, die Charta innerhalb eines bestimmten Zeitrahmens zu unterzeichnen und zu ratifizieren, haben diese bisher bestenfalls unterzeichnet: Albanien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Moldau, Russische Föderation, Serbien-Montenegro, „ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“ und Ukraine.⁵

Es wurde bereits im vorausgegangenen Bericht anerkannt, dass „in bestimmten Staaten die Ratifizierung der Charta, die an sich eine komplexe Angelegenheit ist, die eine sorgfältige Abstimmung der Verpflichtungen mit der Lage jeder Sprache verlangt, weiter durch die Zahl der betroffenen Sprachen und/oder durch die Komplexität der politischen Lage erschwert wird. Daher sollte die Beurteilung der Einhaltung der Verpflichtung, die Charta zu unterzeichnen und zu ratifizieren, in Verbindung mit einer aufmerksamen Überwachung der Entwicklung der betreffenden Staaten erfolgen.“⁶ Dessen ungeachtet und auch wenn man die komplexe Art dieser Fragen berücksichtigt, mit der sich ein Staat auseinandersetzen muss, wenn er die Ratifizierung der Charta betreibt, erwartet der Europarat von den betreffenden Staaten, alle erforderlichen Schritte zu ergreifen, damit der Ratifizierungsprozess innerhalb einer angemessenen Zeitspanne abgeschlossen werden kann.

Gleichzeitig darf nicht vergessen werden, dass, obwohl sie keiner besonderen diesbezüglichen Verpflichtung unterliegen, eine Reihe langjähriger Mitgliedstaaten der Organisation und insbesondere viele der Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Charta ebenfalls nicht ratifiziert haben.

Allgemein beraubt der Umstand, dass die Mehrheit der Mitgliedstaaten des Europarats die Charta noch immer nicht ratifiziert haben, Letztere der Möglichkeit, ihre Rolle in diesem Bereich weiter zu stärken. Insbesondere das Versäumnis einiger Mitgliedstaaten, für welche die Charta ursprünglich Ende der 1980er Jahre entworfen wurde, diese zu ratifizieren, wirkt sich nachteilig auf die Aussicht auf eine Ratifizierung durch neuere Mitgliedstaaten aus, die es vielleicht ablehnen, dass ihnen Staaten Verpflichtungen auferlegen wollen, die sie selbst nicht bereit sind zu akzeptieren. Dies ist eine unbefriedigende Situation. Es ist daher zu einer vorrangigen Frage geworden, alle Mitgliedstaaten zu drängen, die Charta so schnell wie möglich zu ratifizieren, wenn sie dies bisher noch nicht getan haben. Einige haben schließlich die Charta unterzeichnet und damit, gemäß internationalen Rechtsgrundsätzen, deren Philosophie akzeptiert und die moralische Verpflichtung übernommen, diese zu ratifizieren. Ihr Versäumnis, dies zu tun, ist daher umso enttäuschender.

7. Die Charta und die Europäische Union

Betrachtet man diese Frage aus Sicht der Europäischen Union, sind weitere Anmerkungen vonnöten. Zunächst hat die Charta in den letzten zwei Jahren einen größeren Bekanntheitsgrad im Rahmen der Europäischen Union gewonnen: Genannt sei als eines der deutlichsten Beispiele die Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, angenommen im Juli 2003, in der die nationalen und regionalen Stellen ermutigt werden

⁵ Siehe Tabelle in Anhang II.

⁶ Siehe Dok. 9540, S. 2.

„(...) Vorkehrungen besondere Aufmerksamkeit zu widmen, um jene Sprachengemeinschaften zu unterstützen, deren Anzahl von Muttersprachlern von Generation zu Generation abnimmt, gemäß den Grundsätzen der *Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen*“⁷

Dies ist eine willkommene Anerkennung seitens der Europäischen Kommission, mit der in diesem Bereich eine gewinnbringende Zusammenarbeit eingegangen wurde. Aber angesichts der Tatsache, dass nicht alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Charta ratifiziert haben, kann sie nicht Teil des gemeinschaftlichen Besitzstandes werden. Unnötig zu erwähnen, dass dieser Umstand die Charta der Möglichkeit beraubt, eine größere rechtliche und politische Wirkung zu entfalten.

Die Ratifizierung der Charta durch die Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist in der Tat für das Charta-System von ausschlaggebendem Interesse. Es ist daher ermutigend, dass das Europäische Parlament in seiner letzten EntschlieÙung über „Regional- und wenig gebrauchte Sprachen - die Sprachen der Minderheiten in der EU - im Zusammenhang der Erweiterung und der kulturellen Vielfalt“, angenommen am 4. September 2003 und auch bekannt als „Ebner-EntschlieÙung“, den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den Beitrittskandidaten empfohlen hat, die Charta zu ratifizieren, wenn sie dies nicht bereits getan haben.

8. Schlussfolgerungen

Die Charta steht vor einer schwierigen Herausforderung. Sie ist ein anspruchsvolles Rechtsinstrument und das einzige, das besonders dem Schutz und der Förderung von Regional- und Minderheitensprachen gewidmet ist. Aber sie wurde geschaffen, um ein besonders schwieriges Ziel zu erreichen: Die Rettung der Sprachenvielfalt in einer europäischen Gesellschaft, in der die Gegenströmungen sehr stark sind. Der Erfolg hängt von einem größeren Einsatz der Vertragsstaaten ab, das weit über die formale gesetzgebende Dimension hinausgeht.

Schließlich sollten sowohl die Vertragsstaaten als auch die anderen Mitgliedstaaten des Europarats sich auch auf eine Aufklärung der Mehrheitsbevölkerungen konzentrieren. So hat der Sachverständigenausschuss in einem seiner letzten Prüfberichte erklärt:

„Die Erfahrung lehrt uns, dass das Ausmaß, in dem eine Minderheitensprache geschützt oder gefördert wird, damit verbunden ist, wie sie von den Sprechern der Mehrheitssprache angenommen oder wahrgenommen wird. Tatsächlich sind der Schutz und die Förderung von Regional- oder Minderheitensprachen in vielerlei Hinsicht eine Spiegelung der Herangehensweise und Wahrnehmung der Mehrheit. Dementsprechend ist eine Aufklärung der Mehrheit von größter Wichtigkeit.“⁸

Das Unterrichten der Mehrheiten und die Aufklärung über das Vorhandensein durch Regional- oder Minderheitensprachen bedingter kultureller oder sprachlicher Eigenarten im selben Land könnten auch in der weiter gefassten Sicht der europäischen Integration gesehen werden: Durch das Lernen über und die Achtung von kulturellen und sprachlichen Unterschieden, die in einem ihrer Länder bestehen, wären Europäer besser vorbereitet, auf positivere und respektvollere Weise auf Unterschiede zu reagieren, die unmittelbar hinter ihren Grenzen bestehen. Und das Wissen über verschiedene Eigenarten aller europäischen Völker und die Sicherstellung der Achtung derselben sind schließlich die einzige solide Grundlage für ein wahrhaft integriertes Europa.

⁷ Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen (Förderung des Fremdsprachenunterrichts und der Sprachenvielfalt: Aktionsplan 2004-2006), KOM (2003) 449, S. 12.

⁸ Siehe den ersten Bericht des Sachverständigenausschusses über die Umsetzung der Charta durch Slowenien, ECRML (2004) 3, Randnummer 76.

Anhang I

Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

Zeichnung
Ort: Straßburg
Datum: 5/11/1992

Inkrafttreten
Bedingungen: 5 Ratifikationen
Datum: 1/3/1998

Stand: 1/08/2005

Mitgliedstaaten des Europarats

Staaten	Unterzeichnung	Ratifizierung	Inkrafttreten	Hinw.	V.	E.	O.	T.	M.	Ew
Albanien										
Andorra										
Armenien	11/5/2001	25/1/2002	1/5/2002			X				
Aserbaidschan	21/12/2001					X				
Belgien										
Bosnien und Herzegowina										
Bulgarien										
Dänemark	5/11/1992	8/9/2000	1/1/2001			X			X	
Deutschland	5/11/1992	16/9/1998	1/1/1999			X				
Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	25/7/1996									
Estland										
Finnland	5/11/1992	9/11/1994	1/3/1998			X				
Frankreich	7/5/1999					X				
Georgien										
Griechenland										
Irland										
Island	7/5/1999									
Italien	27/6/2000									
Kroatien	5/11/1997	5/11/1997	1/3/1998		X	X				
Lettland										
Liechtenstein	5/11/1992	18/11/1997	1/3/1998			X				
Litauen										
Luxemburg	5/11/1992	22/6/2005	1/10/2005							
Malta	5/11/1992									
Moldau	11/7/2002									
Monaco										
Niederlande	5/11/1992	2/5/1996	1/3/1998			X		X		
Norwegen	5/11/1992	10/11/1993	1/3/1998			X				
Österreich	5/11/1992	28/6/2001	1/10/2001			X				

Polen	12/5/2003												
Portugal													
Rumänien	17/7/1995												
Russland	10/5/2001												
San Marino													
Serbien und Montenegro	22/3/2005												
Schweden	9/2/2000	9/2/2000	1/6/2000			X							
Schweiz	8/10/1993	23/12/1997	1/4/1998			X							
Slowakei	20/2/2001	5/9/2001	1/1/2002			X							
Slowenien	3/7/1997	4/10/2000	1/1/2001			X							
Spanien	5/11/1992	9/4/2001	1/8/2001			X							
Tschechische Republik	9/11/2000												
Türkei													
Ukraine	2/5/1996												
Ungarn	5/11/1992	26/4/1995	1/3/1998			X							
Vereinigtes Königreich	2/3/2000	27/3/2001	1/7/2001			X		X					
Zypern	12/11/1992	26/8/2002	1/12/2002			X							

Nichtmitgliedstaaten des Europarats

Staaten	Unterzeichnung	Ratifizierung	Inkrafttreten	Hinw.	V.	E.	O.	T.	M.	Ew
Gesamtzahl der Unterzeichnungen ohne Ratifikation:										13
Gesamtzahl der Ratifikationen/Beitritte:										18

Hinweise:

b.: Beitritt - na.: Nachfolge - r.: Unterzeichnung "ad referendum" - u.: Unterzeichnung ohne Vorbehalt der Ratifizierung.

V.: Vorbehalte - E.: Erklärungen - O.: Obrigkeiten - T.: Territorialer Anwendungsbereich - M.: Mitteilungen - Ew: Einwand.

Quelle: Vertragsbüro auf <http://conventions.coe.int>

Anhang II

Stand der Einhaltung der beim Beitritt zum Europarat eingegangenen Verpflichtungen zur Ratifizierung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

Mitgliedstaaten	Stellungnahme der Versammlung	Frist für die Unterzeichnung und Ratifizierung der Charta	Datum der Unterzeichnung	Datum der Ratifizierung
Albanien	189(1995)			
Armenien	221(2000)	25/01/2002	11/05/2002	01/05/2002
Aserbaidshan	222(2000)	25/01/2002	21/12/2001	
Bosnien und Herzegowina	234(2002)	24/04/2004		
Georgien	209(1999)	27/04/2000		
Moldau	188(1995)	13/07/1996	11/07/2002	
Russland	193(1996)	28/02/1998	10/05/2001	
Ukraine	190(1995)	09/11/1996	02/05/1996	
Serbien und Montenegro	239 (2002)	03/04/2005	22/03/2005	
„ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“	191(1995)	09/11/1996	25/07/1996	

Anhang III: Empfehlungen des Ministerkomitees

COUNCIL OF EUROPE COMMITTEE OF MINISTERS

Recommendation RecChL(2002) 1 of the Committee of Ministers on the application of the European Charter for Regional or Minority Languages by Germany

*(Adopted by the Committee of Ministers on 4 December 2002
at the 820th meeting of the Ministers' Deputies)*

The Committee of Ministers,

In accordance with Article 16 of the European Charter for Regional or Minority Languages;

Having regard to the instrument of ratification submitted by Germany on 16 September 1998;

Having taken note of the evaluation made by the Committee of Experts on the Charter with respect to the application of the Charter by Germany;

Having taken note of the comments made by the German authorities on the contents of the Committee of Experts' report;

Bearing in mind that this evaluation is based on information submitted by Germany in its initial periodical report, supplementary information given by the German authorities, information submitted by bodies and associations legally established in Germany and on the information obtained by the Committee of Experts during its "on-the-spot" visit,

Recommends that the German authorities take account of all the observations of the Committee of Experts and, as a matter of priority:

1. adopt specific legal provisions, where these are still lacking, in order to implement the undertakings which Germany has entered into under the Charter;
2. establish specific planning and monitoring mechanisms and ensure adequate resource allocation in the field of education ;
3. take urgent action to strengthen education in North Frisian, Sater Frisian and Lower Sorbian, whose survival is particularly endangered, and in particular ensure continuity in educational provision in these languages throughout the school system ;
4. improve basic and further teacher training for all regional and minority languages;
5. establish a structural policy for making it practically possible to use regional or minority languages in dealings with the administration and, where relevant, in the courts;
6. make the speakers of the regional or minority languages more aware that they have the possibility to avail themselves of the right to use their language before administrative and, where relevant, judicial authorities;
7. take a more active approach towards promoting the presence of the regional or minority languages in the media.

**COUNCIL OF EUROPE
COMMITTEE OF MINISTERS**

**Recommendation RecChL(2003)1
of the Committee of Ministers
on the application of the European Charter for Regional or Minority Languages by Sweden**

*(Adopted by the Committee of Ministers on 19 June 2003
at the 844th meeting of the Ministers' Deputies)*

The Committee of Ministers,

In accordance with Article 16 of the European Charter for Regional or Minority Languages;

Having regard to the instrument of ratification submitted by Sweden on 9 February 2000;

Having taken note of the evaluation made by the Committee of Experts on the Charter with respect to the application of the Charter by Sweden;

Having taken note of the comments made by the Swedish authorities on the contents of the Committee of Experts' report;

Bearing in mind that this evaluation is based on information submitted by Sweden in its initial periodical report, supplementary information given by the Swedish authorities, information submitted by bodies and associations legally established in Sweden and the information obtained by the Committee of Experts during its "on-the-spot" visit,

Recommends that the Swedish authorities take account of all the observations of the Committee of Experts and, as a matter of priority:

1. take immediate measures to strengthen access to education in regional or minority languages, to develop teaching materials and improve teacher training at all levels of education;
2. provide favourable conditions to encourage the use of Sami, Finnish and Meänkieli before judicial and administrative authorities in the defined areas in the County of Norrbotten;
3. encourage and/or facilitate the creation and/or maintenance of at least one newspaper in Sami and Meänkieli;
4. improve the situation of the Finnish language outside the Finnish administrative area in public life, and in particular in education.

**COUNCIL OF EUROPE
COMMITTEE OF MINISTERS**

**Recommendation RecChL(2003)2
of the Committee of Ministers
on the application of the European Charter for Regional or Minority Languages by Norway**

*(Adopted by the Committee of Ministers on 3 September 2003
at the 850th meeting of the Ministers' Deputies)*

The Committee of Ministers,

In accordance with Article 16 of the European Charter for Regional or Minority Languages;

Having regard to the instrument of ratification submitted by Norway on 10 November 1993;

Having taken note of the evaluation made by the Committee of Experts on the Charter with respect to the application of the Charter by Norway;

Having taken note of the comments made by the Norwegian authorities on the contents of the Committee of Experts' second report;

Bearing in mind that this evaluation is based on information submitted by Norway in its national reports, supplementary information provided by the Norwegian authorities, information submitted by bodies and associations legally established in Norway and information obtained by the Committee of Experts during its "on-the-spot" visit,

Recommends that the Norwegian authorities take account of all the observations of the Committee of Experts and, as a matter of priority:

1. continue to improve the dialogue and co-operation with representatives of the various regional or minority languages;
2. rapidly resolve the situation of the Kven/Finnish language and consult with representatives of the Kven on this matter before a decision is taken;
3. progress in establishing the Inner Finnmark Court as a step to facilitate the use of Sami before judicial authorities;
4. increase their efforts to protect and promote Lule and South Sami.

**COUNCIL OF EUROPE
COMMITTEE OF MINISTERS**

**Recommendation RecChL(2004)1
of the Committee of Ministers
on the application of the European Charter for Regional or Minority Languages
by the United Kingdom**

*(Adopted by the Committee of Ministers on 24 March 2004
at the 877th meeting of the Ministers' Deputies)*

The Committee of Ministers,

In accordance with Article 16 of the European Charter for Regional or Minority Languages;

Having regard to the declarations submitted by the United Kingdom on 27 March 2001, 11 March 2003, and 22 April 2003;

Having taken note of the evaluation made by the Committee of Experts on the Charter with respect to the application of the Charter by the United Kingdom;

Having taken note of the comments made by the British authorities on the contents of the Committee of Experts' report;

Bearing in mind that this evaluation is based on information submitted by the United Kingdom in its periodical report, supplementary information provided by the British authorities, information submitted by bodies and associations legally established in the United Kingdom and information obtained by the Committee of Experts during its "on-the-spot" visit;

Recommends that the British authorities take account of all the observations of the Committee of Experts and, as a matter of priority:

1. make primary and secondary education in Scottish Gaelic generally available in the areas where the language is used;
2. with regard to Scottish Gaelic and Welsh, establish a system for monitoring the measures taken and progress achieved in regional or minority language education, including the production and publication of reports of the findings;
3. provide information and guidance to those responsible for implementing the undertakings chosen for Scottish Gaelic, in particular in the fields of education and administration;
4. facilitate the establishment of a television channel or an equivalent television service in Scottish Gaelic and overcome the shortcomings in Scottish Gaelic radio broadcasting;
5. improve the public service television provision and facilitate the broadcasting of private radio in Irish;
6. improve the use of Welsh in social care facilities, particularly hospitals and care of the elderly;
7. create conditions for the use of Scots and Ulster Scots in public life, through the adoption of a language policy and concrete measures, in co-operation with the speakers of the languages.

**COUNCIL OF EUROPE
COMMITTEE OF MINISTERS**

**Recommendation RecChL(2004)2
of the Committee of Ministers
on the application of the European Charter for Regional or Minority Languages
by Denmark**

*(Adopted by the Committee of Ministers on 19 May 2004
at the 884th meeting of the Ministers' Deputies)*

The Committee of Ministers,

In accordance with Article 16 of the European Charter for Regional or Minority Languages;

Having regard to the declarations submitted by Denmark on 8 September 2000, and the Communication dated 25 August 2000;

Having taken note of the evaluation made by the Committee of Experts on the Charter with respect to the application of the Charter by Denmark;

Having taken note of the comments made by the Danish authorities on the contents of the Committee of Experts' report;

Bearing in mind that this evaluation is based on information submitted by Denmark in its national report, supplementary information provided by the Danish authorities, information submitted by bodies and associations legally established in Denmark, as well as information obtained by the Committee of Experts during its "on-the-spot" visit;

Recommends that the authorities of Denmark take account of all the observations of the Committee of Experts and, as a matter of priority:

1. adopt a more structured policy for the protection and promotion of German in order to achieve a practical implementation of the provisions of the Charter, especially in the fields of administration, justice and the media;
2. renew consultations with the Home Rule Authorities of the Faroe Islands and Greenland on the possible application of the Charter in the two Home Rule areas;
3. consider the protection of the German language in the context of the possible reform of administrative structures which could affect Southern Jutland County;
4. ensure that German speakers have the possibility to use their language before administrative authorities in practice;
5. implement the undertakings chosen in the field of the broadcasting media.

**COUNCIL OF EUROPE
COMMITTEE OF MINISTERS**

**Recommendation RecChL(2004)3
of the Committee of Ministers
on the application of the European Charter for Regional or Minority Languages by Slovenia**

*(Adopted by the Committee of Ministers on 9 June 2004
at the 887th meeting of the Ministers' Deputies)*

The Committee of Ministers,

In accordance with Article 16 of the European Charter for Regional or Minority Languages;

Having regard to the instrument of ratification submitted by Slovenia on 4 October 2000;

Having taken note of the evaluation made by the Committee of Experts on the Charter with respect to the application of the Charter by Slovenia;

Having taken note of the comments made by the Slovenian authorities on the contents of the Committee of Experts' report;

Bearing in mind that this evaluation is based on information submitted by Slovenia in its initial periodical report, supplementary information given by the Slovenian authorities, information submitted by bodies and associations legally established in Slovenia and the information obtained by the Committee of Experts during its "on-the-spot" visit,

Recommends that the authorities of Slovenia take account of all the observations of the Committee of Experts and, as a matter of priority:

1. reconsider their position on the Croatian language from the point of view of the Charter, identify the geographical areas in which Croatian is covered by the Charter and apply Article 7 in respect of this language; clarify the issue of the traditional presence of the Serbian language and of the Bosnian language in Slovenia in co-operation with the speakers of the respective languages;
2. apply Part II protection of German as a regional or minority language in Slovenia within the meaning of the Charter and strengthen, in particular, the provision of teaching of or in German as a regional or minority language, with priority for the Kočevje area;
3. ensure that the necessary integration of Romany speakers to allow their full participation in economic, social and political life also preserves their linguistic and cultural identity;
4. engage in a process of development of Romany as a written language, in particular through standardisation, preferably at European level, in close co-operation with the representatives of all the Roma communities present in Slovenia as well as with the other European states concerned, and strengthen the teaching of the Romany language, at least at lower grades, even while the standardisation process is under way;
5. take the necessary measures to encourage the use of the Hungarian language in the context of court proceedings and economic life in the ethnically mixed areas concerned;

6. establish a strategy to strengthen the use of the Italian language in the context of public administration and public services in the areas currently defined as “ethnically mixed”, and progressively extend the scope of the protection currently provided for the Italian language in the “ethnically mixed areas” to the other areas of the three municipalities concerned, to be identified in co-operation with the speakers, where there is a stable presence of Italian speakers;
7. make its periodical reports on the implementation of the Charter public.

**COUNCIL OF EUROPE
COMMITTEE OF MINISTERS**

**Recommendation RecChL(2004)4
of the Committee of Ministers
on the application of the European Charter for Regional or Minority Languages
by Hungary**

*(Adopted by the Committee of Ministers on 30 June 2004
at the 890th meeting of the Ministers' Deputies)*

The Committee of Ministers,

In accordance with Article 16 of the European Charter for Regional or Minority Languages;

Having regard to the instrument of ratification submitted by Hungary on 26 April 1995;

Having taken note of the evaluation made by the Committee of Experts with respect to the application of the Charter by Hungary;

Having taken note of the comments made by the Hungarian authorities on the contents of the Committee of Experts' report;

Bearing in mind that this evaluation is based on information submitted by Hungary in its second periodical report, supplementary information given by the Hungarian authorities, information submitted by bodies and associations legally established in Hungary and the information obtained by the Committee of Experts during its "on-the-spot" visit,

Recommends that Hungary takes account of all the observations of the Committee of Experts and, as a matter of priority:

1. Ensures that the necessary integration of Romany and Beas speakers which would allow their full participation in the economic, social and political life, also preserves their linguistic and cultural identity ; strengthen the teaching of Romani and Beas at least at lower grades and contribute to the development of Romani as a written language, in particular through standardisation at European level.
2. Improves the present model of teaching regional or minority languages and move to forms of bilingual education for Part III languages and incorporate the current model of secondary language education into the curriculum for Part II languages.
3. Identifies the territories in which the number of speakers justifies the effective implementation of Articles 9 and 10 and take further positive measures to encourage the use of minority languages in judicial proceedings and in dealings with the administration.
4. Strengthens the presence of minority languages in the media and, in particular, ensure that programmes in minority languages can be received on ordinary radio sets.
5. Continues to develop the system of minority self-governments, in particular by improving the conditions for the transferral of educational and cultural bodies and institutions to minority self-governments.

**COUNCIL OF EUROPE
COMMITTEE OF MINISTERS**

**Recommendation RecChL(2004)5
of the Committee of Ministers
on the application of the European Charter for Regional or Minority Languages
by Switzerland**

*(Adopted by the Committee of Ministers on 22 September 2004
at the 896th meeting of the Ministers' Deputies)*

The Committee of Ministers,

In accordance with Article 16 of the European Charter for Regional or Minority Languages;

Having regard to the instrument of ratification submitted by Switzerland on 23 December 1997;

Having taken note of the evaluation made by the Committee of Experts on the Charter with respect to the application of the Charter by Switzerland;

Having taken note of the comments made by the Swiss authorities on the contents of the Committee of Experts' report ;

Bearing in mind that this evaluation is based on information submitted by Switzerland in its second periodical report, supplementary information provided by the Swiss authorities, information submitted by bodies and associations legally established in Switzerland and the information obtained by the Committee of Experts during its "on-the-spot" visit,

Recommends that the authorities of Switzerland take account of all the observations of the Committee of Experts and, as a matter of priority:

1. accelerate the efforts to adopt legislation implementing in particular paras. 1 and 3 of Article 70 of the Federal Constitution;
2. take the necessary measures to remove practical obstacles to the use of Romansh in courts;
3. take the necessary measures to strengthen the use of Romansh in dealings with the cantonal administration, in debates in the cantonal parliament and in dealings with the administration of bilingual municipalities in the Canton of Graubünden;
4. take resolute action to improve the provision for Romansh on television and radio in the private sector;
5. officially recognise Yenish as a regional or minority language traditionally spoken in Switzerland and as part of the Swiss cultural and linguistic heritage.

**COUNCIL OF EUROPE
COMMITTEE OF MINISTERS**

**Recommendation RecChL(2004)6
of the Committee of Ministers
on the application of the European Charter for Regional or Minority Languages
by Finland**

*(Adopted by the Committee of Ministers on 20 October 2004
at the 900th meeting of the Ministers' Deputies)*

The Committee of Ministers,

In accordance with Article 16 of the European Charter for Regional or Minority Languages;

Bearing in mind the instrument of acceptance submitted by the Republic of Finland on 9 November 1994;

Having taken note of the evaluation made by the Committee of Experts of the Charter with respect to the application of the Charter by Finland;

Bearing in mind that this evaluation is based on information submitted by Finland in its second periodical report, supplementary information given by the Finnish authorities, information submitted by bodies and associations legally established in Finland and the information obtained by the Committee of Experts during its "on-the-spot" visit;

Having taken note of the comments submitted by the Finnish authorities on the content of the report of the Committee of Experts;

Recommends that Finland take account of all the observations of the Committee of Experts and, as a matter of priority:

1. vigorously pursues the current efforts to improve education in the Sami language and in particular take immediate measures to ensure the survival/viability of the Inari and Skolt Sami languages, which are in grave danger of extinction;
2. encourage and/or facilitate a positive development regarding the availability of a newspaper in Sami;
3. ensure the availability of health and social care services in Swedish and Sami;
4. further implement measures for the protection and promotion of the Romani language and provide favourable conditions in particular in education, teacher training, radio and television.

**COUNCIL OF EUROPE
COMMITTEE OF MINISTERS**

**Recommendation RecChL(2004)7
of the Committee of Ministers
on the application of the European Charter for Regional or Minority Languages by the Netherlands**

*(Adopted by the Committee of Ministers on 15 December 2004
at the 909th meeting of the Ministers' Deputies)*

The Committee of Ministers,

In accordance with Article 16 of the European Charter for Regional or Minority Languages;

Having taken note of the evaluation made by the Committee of Experts on the Charter with respect to the application of the Charter by the Netherlands;

Having taken note of the comments made by the Dutch authorities on the contents of the Committee of Experts' report;

Bearing in mind that this evaluation is based on information submitted by the Netherlands in their national report, supplementary information provided by the Dutch authorities, information submitted by bodies and associations legally established in the Netherlands and information obtained by the Committee of Experts during its "on-the-spot" visit;

Recommends that the authorities of the Netherlands take account of all the observations of the Committee of Experts and, as a matter of priority:

1. develop an overall and coherent policy for teaching of and in Frisian at all levels of education and adopt concrete measures for its implementation;
2. introduce practical measures in order to enable the use of Frisian in central State administration agencies located in the province of Fryslân, as well as in public services directly under the control of the State;
3. ensures that local and regional authorities coordinate and strengthen their efforts to protect and promote the Low-Saxon language, particularly in the field of education;
4. take measures to protect and promote the Romanes language in particular in the field of education, in cooperation with the speakers.

**COUNCIL OF EUROPE
COMMITTEE OF MINISTERS**

**Recommendation RecChL(2005) 1
of the Committee of Ministers
on the application of the European Charter for Regional or Minority Languages
by Austria**

*(Adopted by the Committee of Ministers on 19 January 2005
at the 912th meeting of the Ministers' Deputies)*

The Committee of Ministers,

In accordance with Article 16 of the European Charter for Regional or Minority Languages;

Having regard to the declarations submitted by Austria on 28 June 2001;

Having taken note of the evaluation made by the Committee of Experts on the Charter with respect to the application of the Charter by Austria;

Having taken note of the comments made by the Austrian authorities on the contents of the Committee of Experts' report;

Bearing in mind that this evaluation is based on information submitted by Austria in its national report, supplementary information provided by the Austrian authorities, information submitted by bodies and associations legally established in Austria and information obtained by the Committee of Experts during its "on-the-spot" visit;

Recommends that the authorities of Austria take account of all the observations of the Committee of Experts and, as a matter of priority:

1. adopt a structural policy for the protection and promotion of all Part II languages and create conditions for their use in public life;
2. ensure that the ruling of the Constitutional Court relating to the use of the Slovene language before administrative authorities in Carinthia is implemented without delay;
3. ensure that bilingual teaching takes place in practice in all relevant schools in Burgenland;
4. ensure that changes to the status of schools or to the rules regarding the appointment of staff of schools in the Slovene language area do not negatively affect Slovene-language education in Carinthia;
5. ensure that the Burgenland-Croatian, Slovene and Hungarian languages can be used before the relevant judicial and administrative authorities in practice;
6. increase radio broadcasting in Burgenland-Croatian and Hungarian, and television broadcasting in Burgenland-Croatian, Slovene and Hungarian.